

Erklärung des Ministerkomitees über die Grundsätze der Internet Governance

*(Am 21. September 2011 vom Ministerkomitee
bei seiner 1121. Sitzung der Stellvertreter der Minister angenommen)*

1. Das Internet ist eine Mischung aus vielfältigen Ideen, Technologien, Ressourcen und Richtlinien, die auf der Annahme von Freiheit und durch kollektive Bemühungen im Allgemeininteresse entwickelt wurde. Staaten, der Privatsektor, die Zivilgesellschaft und Einzelpersonen haben alle zum Aufbau des dynamischen, integrierenden und erfolgreichen Internets beigetragen, das wir heute kennen. Das Internet bietet einen freien Raum, der die Ausübung und Wahrnehmung von Grundrechten, partizipatorische und demokratische Prozesse und soziale und kommerzielle Aktivitäten ermöglicht.
2. Die obigen Ausführungen haben eine gemeinsame Vision der Internet Governance inspiriert, die offiziell in eine Grundsatzerklärung einfließt, die in der Genfer Phase des Weltgipfels über die Informationsgesellschaft im Dezember 2003 verkündet wurde. Die Tunis-Agenda, die im November 2005 in der zweiten Phase des Weltgipfels über die Informationsgesellschaft angenommen wurde, definiert Internet Governance als die Entwicklung und Anwendung gemeinsamer Grundsätze, Normen, Regeln, Entscheidungsprozesse und Programme durch Regierungen, den Privatsektor und die Zivilgesellschaft, die die Weiterentwicklung und die Benutzung des Internets formen.
3. Die Diskussionen zum Thema Internet Governance, die in verschiedenen nationalen und internationalen Foren stattfinden, sind das greifbare Ergebnis dieser Vision. Sie haben den Dialog zwischen den Akteuren der Staaten, des Privatsektors und der Zivilgesellschaft gefördert und zur Ausarbeitung gemeinsamer Ansichten über Internetpolitik und, in einem weiter gefassten Sinne, über Internet Governance beigetragen. In dem Versuch, diesen Ansatz zu erhalten und zu festigen, haben Internet Communities, internationale Organisationen und andere Akteure sich bemüht, die Kernwerte des Internets hervorzuheben, und haben Leitlinien für die zahlreichen Aspekte der Internet Governance erarbeitet.
4. Der Europarat hat sich an diesen Prozessen beteiligt und seine 47 Mitgliedstaaten haben durch einige Standard setzende Instrumente Maßnahmen unterstützt, die eine maximale Sicherung der Rechte im Internet zum Ziel hatten, die nur wenigen Einschränkungen unterworfen sind, wobei gleichzeitig ein Grad an Sicherheit geboten wird, den die Menschen mit Recht erwarten dürfen. Dies geht auf die Verpflichtung der Mitgliedstaaten des Europarats zurück, jeder Person in ihren Hoheitsgebieten die Rechte und Freiheiten zuzusichern, die durch die Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (ETS Nr. 5) geschützt sind.
5. Um für das Internet einen nachhaltigen, benutzerorientierten und rechtsbasierten Ansatz zu gewährleisten, ist es erforderlich, die Grundsätze der Internet Governance zu bestätigen, die Menschenrechte und Grundfreiheiten, Demokratie und Rechtsstaatsprinzip sowie die grundlegenden Grundsätze der Internet Communities anerkennen, die in den oben erwähnten Prozessen erarbeitet wurden.
6. Das Ministerkomitee des Europarats, als Beitrag zu diesem laufenden, integrierenden, gemeinschaftlichen und offenen Prozess:
 - bestätigt die Grundsätze, die nachstehend aufgeführt sind und auf den Grundsätzen der Internet Governance aufbauen, die fortlaufend von Akteuren und Internet Communities entwickelt wurden;
 - erklärt seine feste Verpflichtung auf diese Grundsätze und unterstreicht, dass diese von allen Mitgliedstaaten im Kontext der Entwicklung einer nationalen und internationalen Politik für das Internet befolgt werden sollten;
 - ruft andere Akteure auf, diese Grundsätze bei der Ausübung ihrer eigenen Verantwortung anzuwenden.

Grundsätze der Internet Governance

1. Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Die Vorkehrungen der Internet Governance müssen den Schutz aller Grundrechte und -freiheiten sicherstellen und deren Universalität, Unteilbarkeit, Interdependenz und Wechselwirkung gemäß internationalem Menschenrecht anerkennen. Sie müssen auch die umfassende Achtung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit gewährleisten und sollten eine nachhaltige Entwicklung fördern. Alle staatlichen und privaten Akteure sollten die Menschenrechte und Grundfreiheiten bei ihren Transaktionen und in ihrer Tätigkeit und beim Entwerfen neuer Technologien, Dienste und Anwendungen anerkennen und erfüllen. Sie sollten sich über Entwicklungen auf dem Laufenden halten, welche die Grundrechte und -freiheiten stärken oder aber bedrohen, und sie sollten sich umfassend bemühen, diese neu entstandenen Rechte anzuerkennen.

2. Verwaltung durch mehrere Akteure

Die Entwicklung und Umsetzung der Vorkehrungen zur Internet Governance sollten in offener, transparenter und verantwortlicher Weise die umfassende Partizipation von Regierungen, des Privatsektors, der Zivilgesellschaft, der technischen Fachleute und der Benutzer sicherstellen und deren individuelle Aufgaben und Verantwortung berücksichtigen. Die Entwicklung einer internationalen staatlichen Internetpolitik und von Vorkehrungen für die Internet Governance sollten die umfassende und gleiche Partizipation aller Akteure aus allen Staaten ermöglichen.

3. Verantwortung der Staaten

Die Staaten haben bei Fragen im Hinblick auf eine internationale staatliche Politik Rechte und Pflichten. In Ausübung ihrer Souveränitätsrechte sollten die Staaten, vorbehaltlich des Völkerrechts, von Handlungen absehen, die direkt oder indirekt natürlichen oder juristischen Personen in ihren Hoheitsgebieten schaden würden. Darüber hinaus sollten alle nationalen Entscheidungen oder Handlungen, die einer Einschränkung der Grundrechte gleichkommen, die internationalen Verpflichtungen erfüllen und auf Recht beruhen, für eine demokratische Gesellschaft notwendig sein und die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und das Recht auf eine unabhängige Beschwerde erfüllen, gestützt durch entsprechende rechtliche und ordnungsgemäße Absicherungen.

4. Ermächtigung der Internetbenutzer

Die Benutzer sollten umfassend ermächtigt sein, um vertrauensvoll und frei ihre Grundrechte und -freiheiten ausüben, informierte Entscheidungen treffen und an den Vorkehrungen der Internet-Verwaltung mitwirken zu können, insbesondere bei Verwaltungsmechanismen und bei der Entwicklung einer Internetpolitik.

5. Universalität des Internets

Eine Internetpolitik sollte den globalen Charakter des Internets und das Ziel eines universellen Zugangs anerkennen. Sie darf sich nicht nachteilig auf den ungehinderten Fluss des grenzüberschreitenden Internet Traffic auswirken.

6. Integrität des Internets

Die Sicherheit, Stabilität, Robustheit und Belastbarkeit des Internets sowie seine Fähigkeit, sich weiterzuentwickeln, sollten die Hauptziele der Internet Governance sein. Um die Integrität und den laufenden Betrieb der Internetinfrastruktur sowie das Vertrauen und den Rückgriff auf das Internet seitens der Benutzer aufrechtzuerhalten, ist es erforderlich, die nationale und internationale Zusammenarbeit aller Akteure zu fördern.

7. Dezentralisiertes Management

Die dezentralisierte Verantwortung für die tägliche Verwaltung des Internets sollte erhalten werden. Die für die technischen und verwaltungstechnischen Aspekte des Internets zuständigen Gremien sowie der Privatsektor sollten ihre Führungsrolle bei technischen und betrieblichen Angelegenheiten beibehalten, gleichzeitig die Transparenz sicherstellen und sich gegenüber der globalen Gemeinschaft für jene Handlungen verantworten, die sich auf die öffentliche Politik auswirken.

8. Grundsätze der Internet-Architektur

Die offenen Standards und die Interoperabilität des Internets sowie seine End-to-End-Ausrichtung sollten beibehalten werden. Diese Grundsätze sollten alle Akteure bei ihren Entscheidungen in Bezug auf die Internet Governance anwenden. Es darf keine unbegründeten Zugangsbeschränkungen für neue Benutzer oder die legitime Benutzung des Internets oder unnötige Belastungen geben, die sich auf das Potenzial für Innovationen im Hinblick auf Technologien oder Dienste auswirken könnten.

9. Offenes Netzwerk

Die Benutzer sollten unter Verwendung geeigneter Geräte ihrer Wahl den größtmöglichen Zugang zu internetgestützten Inhalten, Anwendungen und Diensten ihrer Wahl haben, ungeachtet der Frage, ob diese kostenlos sind. Maßnahmen zur Verwaltung des Internet Traffic, die sich auf die Wahrnehmung von Grundrechten und -freiheiten, insbesondere auf die Meinungsfreiheit und das Recht, Informationen ungeachtet von Staatsgrenzen zu übermitteln und zu empfangen, sowie auf das Recht auf Achtung des Privatlebens auswirken, müssen die Anforderungen des Völkerrechts zum Schutz der Meinungsfreiheit und des Rechts auf Zugang zu Informationen und das Recht auf Achtung des Privatlebens erfüllen.

10. Kulturelle und sprachliche Vielfalt

Die Bewahrung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt und die Förderung der Entwicklung lokaler Inhalte, ungeachtet von Sprache oder Schrift, sollten die Hauptziele einer Internetpolitik und der internationalen Zusammenarbeit sowie der Entwicklung neuer Technologien sein.